

Antrag 113/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Feste feiern, wie sie fallen - Für eine Neuregelung der Feiertagsregelung**

1 Es gibt verschiedene Arten von Feiertagen, an denen vie-
 2 le Menschen keiner Lohnarbeit nachgehen müssen. So
 3 entscheiden in Deutschland die Bundesländer, an wel-
 4 chen Tagen gearbeitet werden muss, an welchen Feiertä-
 5 gen nicht. Die meisten dieser Feiertage sind dabei durch
 6 die Sonn- und Feiertagsgesetze der Bundesländer bundes-
 7 einheitlich geschützt, das heißt, sie werden in der gan-
 8 zen Bundesrepublik begangen. Dies sind Neujahr, Karfrei-
 9 tag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag,
 10 der 1. Mai, der Tag der Deutschen Einheit, der erster Weih-
 11 nachtsfeiertag und der zweite Weihnachtsfeiertag.

12
 13 Allerdings sind dies nicht die einzigen neun Tage, die in
 14 Bundesländern als Feiertage gelten. Während es in man-
 15 chen Teilen Bayern insg. 13 vom Staat festgelegte arbeits-
 16 freie Feiertage gibt, gibt es in Schleswig-Holstein nur insg.
 17 10 solcher Tage. Allein dieser Fakt ist bereits ungerecht.
 18 Noch ungerechter wird es allerdings, wenn betrachtet
 19 wird, welche Feiertage frei sind.

20
 21 Bereits an der Auflistung der Feiertage wird deutlich, dass
 22 die meisten genannten christliche Feiertage sind. Dies ist
 23 auch der Grund, warum Bayern und Baden-Württemberg
 24 die meisten Feiertage haben - hier gibt es noch mehr
 25 christlich-begründete Feiertage. Dabei sind mittlerwei-
 26 le weniger als 50% der deutschen Bevölkerung evange-
 27 lisch oder katholisch. Jüdische, muslimische oder ande-
 28 re religiöse Feiertage finden in den Feiertagsregelungen
 29 keine Berücksichtigung. Wenn Menschen andere religiö-
 30 se oder sonstige Feste feiern wollen, die nicht an diesen
 31 christlichen Tagen stattfinden, müssen sie in der Regel da-
 32 für extra Urlaub nehmen. Kurzum: Während die meisten
 33 Christ*innen ihre Feiertage vom Staat automatisch frei
 34 kriegen und ihre Urlaubstage frei verwenden können, ha-
 35 ben Angehörige aller anderen Religionen nicht dieses Pri-
 36 vileg. Somit müsste jemand, der genauso viele religiöse
 37 Feiertage frei haben möchte, wie es bei Christ*innen der
 38 Fall ist, in Teilen von Bayern 10 Tage Urlaub nehmen, in
 39 Schleswig-Holstein 7.

40
 41 Wir erkennen an, dass auch religiöse Feiertage eine ge-
 42 samtgesellschaftliche Bedeutung und somit auch für Leu-
 43 te, die nicht der jeweiligen Religion zugehörig sind, bedeu-
 44 tend sein können. Dies sehen wir zwar durch gesellschaft-
 45 liche Bräuche begründet, wir treten aber dennoch für eine
 46 Welt ein, in der jede Religion von staatlicher Seite gleich-
 47 behandelt wird.

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Es gibt verschiedene Arten von Feiertagen, an denen vie-
 le Menschen keiner Lohnarbeit nachgehen müssen. So
 entscheiden in Deutschland die Bundesländer, an wel-
 chen Tagen gearbeitet werden muss, an welchen Feiertä-
 gen nicht. Die meisten dieser Feiertage sind dabei durch
 die Sonn- und Feiertagsgesetze der Bundesländer bundes-
 einheitlich geschützt, das heißt, sie werden in der gan-
 zen Bundesrepublik begangen. Dies sind Neujahr, Karfrei-
 tag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag,
 der 1. Mai, der Tag der Deutschen Einheit, der erster Weih-
 nachtsfeiertag und der zweite Weihnachtsfeiertag.

In Berlin regelt das "Gesetz über die Sonn- und Feiertage",
 welche Feiertage es gibt. Dabei sind "allgemeine Feiertä-
 ge" nach §1 des Feiertagsgesetz: Neujahr, der Internatio-
 nale Frauentag, Karfreitag, Ostermontag, der 1. Mai, Him-
 melfahrt, Pfingstmontag, der Tag der deutschen Einheit,
 der 1. und 2. Weihnachtsfeiertag sowie einmalig der 17. Ju-
 ni 2028 als 75. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953.

Dabei fällt auf, dass unter diesen "allgemeinen Feiertä-
 gen" sechs christliche Feiertage sind. Andere religiöse Fei-
 ertage werden in §2 des Gesetzes als Feiertage religiöser
 Gemeinschaften gefasst, die nicht bereits in §1 genannt
 sind. Mitgliedern einer Religionsgemeinschaft wird dar-
 über hinaus zugesichert, dass sie religiöse Veranstaltun-
 gen an ihren Feiertagen besuchen dürfen, solange "nicht
 unabweisbare betriebliche Notwendigkeiten entgegen-
 stehen".

Berlin ist eine vielfältige Stadt, die aus Menschen ver-
 schiedener Religions- und Glaubensgemeinschaften be-
 steht. Daher wollen wir sicherstellen, dass auch alle Ber-
 liner*innen gleichberechtigt ihren Glauben ausleben und
 entsprechende Feiertage begehen können.

**Daher fordern wir, dass Arbeitnehmer*innen sowie Aus-
 zubildende nicht nur der Besuch religiöser Veranstaltun-
 gen ermöglicht wird, sondern sie auf Wunsch den ganzen
 Tag anstelle der obig genannten religiöser Feiertage frei-
 gestellt werden. Ihnen darf daraus kein Nachteil entste-
 hen. Ein Nachweis über Religionszugehörigkeit darf dabei
 nicht eingefordert werden.**

Zusätzlich soll die Möglichkeit der Einführung zusätzlicher
 politischer Feiertage betrachtet werden. Beispiele können
 der 8. Mai (Tag der Befreiung) oder der 28. Juni (Stonewall-
 Aufstand) sein.

49 Daher fordern wir eine umfassende Neuregelung der Fei-
50 ertagsregelung.

51

52 Zentral sollen dabei folgende Punkte sein:

53

- 54 • es gibt keine staatlichen Feiertage mehr, die mit Re-
55 ligion begründet werden
- 56 • alle Arbeitnehmer*innen erhalten 15 Tage Feiertags-
57 anspruch, den sie flexibel nehmen können. Die Ar-
58 beitgeber*innenseite ist dafür verantwortlich, eine
59 Lösung zu finden, wie möglichst alle Wünsche um-
60 gesetzt werden können, ohne dass zusätzliche Be-
61 lastungen für andere Arbeitnehmer*innen entste-
62 hen. Im Konfliktfall gilt es gemeinsam mit allen Be-
63 teiligten eine Lösung zu finden, wobei individuelle
64 soziale Hintergründe und erschwerende Umstände
65 angemessen berücksichtigt werden. Beispielsweise
66 könnte ein Mechanismus festgelegt werden, wo-
67 nach bei Konfliktfällen bei ähnlicher Ausgangslage
68 pro Jahr abwechselnd der gewünschte Tag geneh-
69 migt wird. Grundsätzlich muss aber die Genehmi-
70 gung des Feiertags erteilt werden.
- 71 • Schüler*innen muss ebenfalls im gleichen Umfang
72 garantiert werden, dass sie an religiösen Feiertagen
73 frei nehmen können, ohne dass dies negative Kon-
74 sequenzen hat
- 75 • Zusätzlich soll die Möglichkeit der Einführung zu-
76 sätzlicher politischer Feiertage betrachtet werden.
77 Beispiele können der 8. Mai (Kapitulation der Wehr-
78 macht) oder der 28. Juni (Stonewall-Aufstand) sein